

## Bombe würde einen Krater von 800 m reißen

### Protest gegen neue sowjetische Atomtests — Befürchtungen in Norwegen

Washington/London/Oslo (ap/dpa/upi). Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben die Sowjetunion vor der von Chruschtschow angekündigten Erprobung einer 50-Megatonnen-Wasserstoffbombe gewarnt. In einer Erklärung heißt es, die USA verfügten seit 1957 über das technische Wissen und das Material zur Herstellung von Bomben im 50- und 100-Megatonnen-Bereich und darüber. Sie wüßten aber auch, daß solche Waffen für ihre militärischen Bedürfnisse nicht erforderlich seien. Außerdem seien zur Entwicklung solcher Bomben keine vollständigen Versuche notwendig. „Eine derartige Explosion kann nur irgendwelche nicht eingestandenen politischen Ziele haben“, wird wörtlich in der Erklärung gesagt.

In einer Sondersitzung des britischen Parlaments kündigte Staatsminister Godber vom britischen Außenministerium an, „man in London erwäge, der UNO-Vollversammlung eine Resolution vorzulegen, in der Moskau zum Verzicht auf den Versuch aufgefordert wird.“

#### Ultimatum gefordert

Die amerikanische Regierung soll die Sowjetunion in einem Ultimatum auffordern, den geplanten Versuch mit einer 50-Megatonnen-Wasserstoffbombe aufzugeben. Andere Staaten müßten eingeladen werden, sich dem Ultimatum anzuschließen.

#### US-Experte über die Wirkung

Gleichzeitig wurden Berechnungen des amerikanischen Atomwissenschaftlers Dr. R. Lapp über die mögliche Wirkung der von Chruschtschow angekündigten Superbombe veröffentlicht. Danach würde sie bei einer Explosion auf oder dicht über der Erdoberfläche einen 120 m tiefen und 800 m weiten Krater reißen. Im Umkreis von elf Kilometern um das Zentrum der Explosion würden nur die Menschen mit dem Leben davonkommen, die in gut gebauten unterirdischen Bunkern sich aufhielten, Stahlbetonbauten im Umkreis von neun bis elf Kilometern, Backsteinhäuser im Umkreis von 16 Kilo-

metern und Holzhäuser im Umkreis von 26 Kilometern würden zerstört.

Noch in einer Entfernung von etwa 50 Kilometern würden durch die Explosion der Bombe Personen verletzt werden. Je nach Windverhältnissen würde ein Gebiet von 25 000 bis 50 000 Quadratkilometern verseucht. In 50 Kilometer Entfernung würden Menschen noch immer Verbrennungen zweiten Grades erleiden.

#### Die Augen abwenden

Der amerikanische Experte ist der Ansicht, daß die Sowjets ihre 50-Megatonnen-Bombe mit einer Rakete 160 Kilometer hoch in den Weltraum schießen würden. Selbst dann müßten noch alle Menschen in einem Umkreis von 2,6 Millionen Quadratkilometern gewarnt werden, nicht in den Feuerball mit einem Durchmesser von elf Kilometern zu blicken, da ihre Augen sonst Schäden davontragen könnten. Nach Schätzungen amerikanischer Wissenschaftler beträgt die gesamte Sprengkraft aller im zweiten Weltkrieg abgeworfenen Bomben (einschließlich der beiden A-Bomben auf Japan) und aller von den drei Großmächten bis 1968 vorgenommenen Kernwaffenversuchsexplosionen etwa 170 Megatonnen.

Der militärische Wert einer solchen Bombe wird relativ gering eingeschätzt. Zwei Bomben

von 25 Megatonnen an verschiedenen Stellen eingesetzt, würden mehr Zerstörung anrichten, heißt es. Die größte bisher erzielte Sprengkraft einer amerikanischen Versuchsexplosion betrug vergleichsweise etwa 15 Megatonnen und wurde bei der Testserie im Jahre 1954 auf dem Eniwetok-Atoll erreicht.

#### Sprengkraft: 2500 Atombomben

Schwedische Fachleute erklärten dazu, daß die 50-Megatonnen-Bombe etwa die gleiche Sprengkraft haben würde wie 2500 Atombomben der Größe, wie sie vor Ende des letzten Krieges über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden. Ohne vorher den „Schmutzigkeitsgrad“, den die Bombe habe, zu kennen, sei zu erwarten, daß etwa tausendmal soviel radioaktiver Niederschlag freigesetzt werde, wie bei den Atombombenabwürfen über den beiden japanischen Städten.

Große Sorge macht man sich vor allem in Norwegen. Eine Fachleute-Kommission der Regierung wies darauf hin, daß bei der Zündung der Bombe im Raum Nowaja Semlja die Folgen für die Bevölkerung Nordnorwegens gravierend sein könnten. Wenn die Bombe dicht über der Erde bei ungünstigem Wind zur Explosion gebracht werde, sei es möglich, daß die Bewohner in den gefährdeten Gebieten Skandinaviens ihre Keller aufsuchen, ihr Vieh einsperren und darauf verzichten müssen, Nahrungsmittel zu genießen, die womöglich der Strahlung der Bombe ausgesetzt gewesen seien.

Die sowjetische Bevölkerung wurde erst mit 13stündiger Verspätung vom Moskauer Rundfunk über Chruschtschows Ankündigung der Erprobung einer 50 - Megatonnen - Wasserstoffbombe unterrichtet.

## Der „Ideologe“ Chruschtschow

A. S. Auf dem Scheiterhaufen der kommunistischen Ideologie ist bisher so ungefähr alles verbrannt und wieder aus der Asche hervorgeholt worden, was zum Arsenal marxistischer, leninistischer und stalinistischer Glaubenssätze gehört. Im Auf und Ab kommunistischer Geschichtsentwicklung sahen sich die Epigonen Marxens, den Erfordernissen der politischen Wirklichkeit entsprechend, gezwungen, Stütz- und Eckpfeiler wahllos aus ihrem eigenen Dogmenbau herauszureißen.

Auch Chruschtschow macht davon keine Ausnahme. Vor den Augen seiner Jünger verkündete der Apostel jetzt im Kreml — wider allen Regeln kommunistischer Dogmatik —, daß faktisch jedes Land, ganz gleich auf welcher gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsstufe es sich befinde, unmittelbar den Marsch in das verheißen Land des kommunistischen „Paradieses“ antreten könne. Noch mehr! Das Haupt der kommunistischen Welt wagte es, die als Endziel der sozialistisch-kommunistischen Entwicklung anvisierte Gesellschaftsordnung, die mit einem Absterben des Staates identisch sein soll, fast in das Reich der Utopien und der Träume zu verbannen. Erst am Ende einer kommunistischen Geschichtsepoche wird die klassenlose und staatsferne Gesellschaftsordnung nach Auffassung Chruschtschows Wirklichkeit sein. An eine so laxe Handhabung der kommunistischen Ideologie hat sich bisher noch niemals ein Führer der kommunistischen Welt herangewagt. Indessen, der Ideologe Chruschtschow — der übrigens keiner ist — sprach als Politiker.

★

Auch Chruschtschow weiß, daß sein chinesischer Glaubensbruder seit langem nicht mehr davon überzeugt ist, daß der Weg ins kommunistische „Paradies“, wie ihn die Sowjets vorgezeichnet haben, der allein seligmachende ist. Mao Tse-tung glaubt, im Gegensatz zu Chruschtschow, das kommunistische

„Paradies“ fast schon in greifbarer Nähe, und er ist offensichtlich auch nicht bereit, diese Überzeugung zu opfern. Das kann auf die Dauer gesehen den Anspruch Moskaus auf dogmatische Verbindlichkeit des Kremls in der Auslegung der kommunistischen Ideologie in Frage stellen.

Deshalb war ohne Zweifel der Politiker Chruschtschow entschlossen, mit der Behauptung, der Staat werde erst am Ende der kommunistischen Geschichtsepoche absterben, die Führer der chinesischen Kommunisten wieder einmal in ihre Schranken zurückzuweisen. Auch China soll ideologisch gesehen sich nicht aus der Reihe der übrigen sozialistischen Länder erheben. Es darf auf dem Wege zum Kommunismus nicht weiter sein als etwa Bulgarien oder die Tschechoslowakei. Und an die Adresse Albaniens gerichtet warnte Chruschtschow jeden anderen kommunistischen Staat davor, von diesem Wege abzuweichen. Der Kreml will weiterhin das Mekka der kommunistischen Welt bleiben, und Moskau ist offensichtlich bereit, für die Aufrechterhaltung dieses Anspruchs den Preis einer immer stärkeren Aushöhlung der kommunistischen Ideologie zu zahlen. Denn nur damit kann Chruschtschow anscheinend die innerkommunistischen Differenzen notdürftig überbrücken. Anders läßt sich die Erklärung Chruschtschows über das Absterben des Staates in der kommunistischen Gesellschaftsordnung nicht erklären.

Außenpolitisch hat der Kommunismus dadurch nichts von seiner Gefährlichkeit verloren. Denn im Endziel der kommunistischen Weltrevolution sind sich alle Kommunisten einig. Und in der Verfolgung dieses Endzieles hat der Kommunismus — jenseits jeden Dogmenstreites — alle Hemmungen abgelegt und sein zynisches Gesicht brutaler Macht offen zur Schau gestellt. Auch dafür bieten die Ausführungen des „Ideologen“ Chruschtschow einen einprägsamen Anschauungsunterricht. Denn wer wie Chruschtschow je nach den augenblicklichen Erfordernissen der sowjetischen Weltrevolutionspläne so mit seiner eigenen Ideologie herumspringt, der beweist, was er von seiner Heils-

lehre hält. Nichts! Gar nichts! Und man kann Chruschtschow dabei nicht einmal Inkonsequenz vorwerfen. Von Marx bis Chruschtschow führt ein gerader Weg. Der Verfasser des kommunistischen Manifestes hat den Menschen aus allen seinen ihn tragenden und bergenden Bezügen „befreit“ und ihn wehrlos der kommunistischen Gesellschaftsordnung ausgeliefert. Den kommunistischen Staat als



„Freunde, das Leben wird lebenswert!“

Ausdrucksform dieser Gesellschaftsordnung kann und will Chruschtschow verständlicherweise erst in utopischer Ferne aussterben lassen. Der Moskauer Parteichef hat damit die Karten offen auf den Tisch gelegt. Damit ist auch, wie so oft schon, die Theorie so mancher Linksinтеллектуeller der freien Welt, die kommunistische Revolution sei gewissermaßen ein „Verkehrsunfall“ auf dem Wege zu einem echten Marx-schen Humanismus, ad absurdum geführt. Die kommunistische Revolution ist das Gegenteil: die logische Konsequenz des Marxismus, der totale Staat. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richt-hofen-Str. 2

# Mrs. Clay geht wieder durch Berlin

Gespräch mit der Gattin des amerikanischen Sonderbeauftragten

Berlin (Eigenbericht). Das Fenster des mit zurückgehaltenem Komfort ausgestatteten Empfangsraumes gibt zwischen herblich gefärbtem Buschwerk den Blick auf den Wannensee frei; eine geöffnete Flügeltür führt in die Bibliothek mit zahlreichen, sorgsam geordneten Bänden auf hohen Etageren. Vor dem Fenster des Empfangsraumes hebt sich die Silhouette einer mittelgroßen, schlanken Gestalt ab, Mrs. Marjorie K. Clay, die Gattin des amerikanischen Sonderbeauftragten für Berlin, General Lucius D. Clay.

## Kinos, Theater, Schaufenster

Würde und Charme zu einer seltenen Eleganz vereint, lassen ihre Persönlichkeit fast jugendlich erscheinen. Mrs. Clay, die nun 14 Tage in Berlin weilt, erzählt von ihren Eindrücken, die sie von der Stadt nach elfjähriger Abwesenheit sammeln konnte.

„Ich ging die Straßen der Innenstadt entlang und sah, welch ein großer Teil Berlins neu entstanden ist. Ich sah Kinos, Theater, die Geschäfte mit den Schaufenstern, ich begegnete gut gekleideten Leuten, lächelnden Kindern, und ich war in der Oper. Ich hörte ‚Aida‘, und ich sah, welch ein neues Feld der Oper eine ausgezeichnete Inszenierung erschließen kann. Ich traf auch Freunde, die ich von früher kannte.“

Und dann spricht Mrs. Clay vom östlichen Teil der Stadt und von Potsdam. Sie besuchte Cäcilienhof und das Schloß Sanssouci, aber man ließ sie nicht in alle Räume, die sie schon von früher her kannte. Auch der Teil, in dem Marschall Sokolowski vor der Blockade seine Empfänge gab, blieb ihr verschlossen. „Dann sah ich die Friedrichstraße. Es ist unsprechlich, es war schrecklich, ich kam in eine tote Stadt. Ich traf Menschen mit niedergeschlagenen Gesichtern. Leute mit fragenden Augen, jedoch machte niemand den Eindruck völliger Hoffnungslosigkeit. Dabei dachte ich, daß es ein Teil unserer Aufgabe ist, diese Hoffnung aufrechtzuerhalten nach

dem Motto: Don't give up the ship — Gib das Schiff nicht auf.“

## Ziegel statt Fenster- vorhänge

„Dann sah ich etwas, als ich entlang der stacheldrahtverstrickten Mauer ging, was mich erstarren ließ: statt Vorhänge in den Fenstern Ziegelsteine.“

## Mauern sofort beseitigen!

### Stellungnahme der Exil-CDU

Die in Berlin anwesenden Vorstandsmitglieder der Exil-CDU haben in einer Sitzung beschlossen, der Bundesregierung und den Regierungen der verbündeten Mächte dringend nahezu legen, die sofortige Beseitigung der Mauern und Stacheldrahtverhaue innerhalb Berlins zu verlangen. Der Vorstand beschloß ferner, eine Botschaft herzlichen Dankes an Erzbischof Makarios für sein mutiges und verständnisvolles Auftreten in Belgrad zu senden.

Der Exil-Vorstand begrüßte den Vorschlag des Hamburger CDU-Freundes Blumenfeld, wonach eine besondere Untersuchungsstelle für alle in der Zone begangenen Verbrechen eingerichtet werden solle. Vor allem versicherte der Exil-Vorstand den Männern und Frauen in der Zone, daß das ihnen angetane Leid und Unrecht niemals anerkannt, sondern alles geschehen wird, um ihnen die freie Selbstbestimmung zu verschaffen.

Aus jedem der Worte, die Mrs. Clay sprach, kam die Anteilnahme zum Ausdruck und die Besorgnis um die Stadt, die General Clay der Blockadezange des roten Terrors zu entwinden vermochte. Und ihre Gedanken wandern zurück in die Zeit des Winters 1946, als die amerikanische Hilfe erstmals mit 75 Paar Kinderschuhen aus privaten Spenden begann. Es folgten die Sammlungen der Kirche,

der Verbände und der Soldaten selbst.

Dann kam die Zeit der Luftbrücke, die am 12. Mai 1949 endete. Bereits am 15. Mai verabschiedete sich nach getaner Arbeit General Clay mit seiner Frau von Berlin, und zum Abschied schrieben amerikanische Flieger den Namen des Generals in den Himmel über der Stadt.

Jetzt ist Mrs. Clay wieder in Berlin. Mrs. Clay nimmt die Trennung von ihrer Familie tapfer auf sich. Sie wohnte in Washington, wo ihr älterer Sohn im Range eines Obersten der amerikanischen Luftwaffe im Pentagon Dienst tut. Der jüngere Sohn, Oberst der Armee, ist in Vietnam, doch seine Frau und die Kinder sind ebenfalls in Washington. „Ich bin siebenfache Großmutter“, erzählt Mrs. Clay stolz.

Wie lange Mrs. Clay nun in Berlin zu bleiben gedenke, fragten wir sie. „Das hängt von Mister Chruschtschow ab“, lautete die Antwort. „solange General Clay in Berlin bleibt, bleibe auch ich hier.“

Eugen Lehnert

## Gradi: Harte Garantien

Berlin (Eigenmeldung). Keine Stadt in der Welt sei mit solchen Garantien politischer und militärischer Art ausgestattet wie Berlin, erklärte der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Gradi. Auch habe die freie Welt sie durch überzeugende Handlungen bekräftigt. Die Verstärkung der Truppen in Berlin und die Entsendung General Clays könnten wohl kaum anders gewertet werden, als daß der Westen entschlossen sei, seine Rechte in Berlin zu wahren. Es bestünde kein Anlaß, sich durch Äußerungen einzelner westlicher Politiker beirren zu lassen und das Vertrauen auf die Zukunft der Stadt zu verlieren. Gradi betonte zum Abschluß: „Die Menschen in der Zone, deren einzige Hoffnung wir sind, erwarten von uns, daß wir bestehen.“

# „Sozialistische Schule wird geräumt“

Nicht einmal „Errungenschaften“ der Zone werden verschont

DT. Die erste „sozialistische“ Schule Ostberlins muß im Rahmen der Zwangsevakuationen an den Sektorengrenzen auf Befehl des SED-Regimes geräumt werden. Nach einem Beschluß des Rates des Ostberliner Stadtbezirkes Mitte werden die Jungen und Mädchen der 15. Oberschule in der Dresdener Straße am Bezirk Kreuzberg in ein neues Gebäude in der Sebastianstraße umziehen. Die Eltern der Kinder wurden von den Maßnahmen unterrichtet.

Die andauernden Zwangsevakuationen an der Weddingergrenze wurden im großen Umfang weitergeführt. In der Bernauer Straße 43 sind jetzt die Fenster eines Mietshauses völlig

nauer Straße nennt man dieses vermauerte Gebäude „das erste sozialistische Haus“.

## Todesstreifen weiter ausgebaut

In der Ackerstraße 42/43, Brunnenstraße 138, Ruppiner Straße Nr. 42/43, Bernauer Straße 12, Wolliner Straße 48/49 und in der Swinemünder Straße 23/24 sind die Räumungskommandos ebenfalls an der Arbeit.

Während der Todesstreifen um und in Berlin weiter ausgebaut wird, gelingt es Flüchtlingen dennoch, den Weg in die Freiheit zu finden.

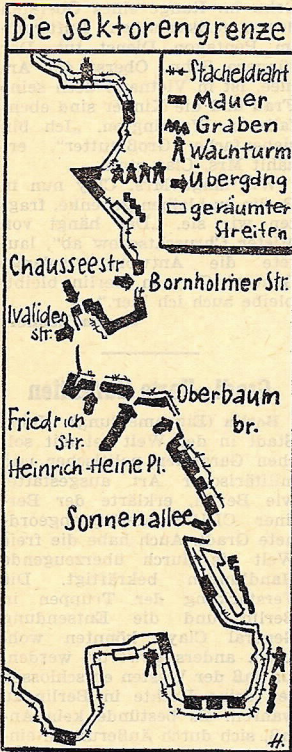
Mit einem Husarenstück gelang einer 54jährigen Ärztin und zwei Frauen im Alter von 62 und 78 Jahren an der Zonengrenze zur Invalidensiedlung in Frohnau die Flucht nach Westberlin. Während eine von ihnen die Vopo-Grenzposten ablenkte, durchschnitt eine andere den Stacheldrahtzaun. Danach stie-

gen sie alle drei in das Auto der Ärztin, das in der Garage abgestellt war. Bevor sich die Vopos versahen, fuhr der Wagen an und raste mit Vollgas durch die Lücke im Stacheldrahtzaun nach Westberlin.

Später beobachteten Westberliner Grenzposten, daß ein Vopo-Oberleutnant vermutlich als Strafe den Stacheldrahtzaun reparieren mußte. Bei seiner Arbeit wurde der Offizier von einem Soldaten bewacht.

In voller Ausrüstung flüchtete ein Sowjetzonen-Polizist nach Westberlin. Kurz nach Mitternacht sprang der 19jährige Bereitschaftspolizist über die Grenzmauer, die er bewachen sollte, in den Westberliner Bezirk Kreuzberg und bat um politisches Asyl. Er brachte seine Maschinenpistole mit. Die Waffe ist eine moderne Maschinenpistole des sowjetischen Typs „Kalaschnikow“.

Eine westdeutsche Reisegruppe von 30 Touristen wurde an der Weddingergrenze an der Chausseestraße mit einer Tränengasbombe beworfen. Die Touristen hatten sich zum Teil auf das Dach ihres Reisebusses gestellt, um nach Ostberlin hineinschauen zu können.



zugemauert worden. Bei den Maurerarbeiten war noch ein Fenster vermutlich als Beobachtungsposten für die Vopo offengelassen worden. Auch dieses Fenster ist jetzt zum Teil der Mauer geworden. In der Bern-

## Trauerfeier für Flüchtling

Kreuzberger Bezirksverordnete hielten Gedenken

Unter starker Anteilnahme der Westberliner Bevölkerung wurde ein unbekannter Zonenflüchtling auf dem Jerusalemer Friedhof in Kreuzberg beigesetzt. Er hatte am 5. Oktober mit einem anderen jungen Mann versucht, an der Oberbaumbrücke Westberlin schwimmend zu erreichen. Volkspolizisten hatten die Flüchtenden beschossen. Der unbekannte Tote ertrank und konnte auf Westberliner Gebiet geborgen werden. Der zweite Flüchtling hatte ebenfalls den Tod gefunden.

Auf der Trauerfeier in der Friedhofskapelle mahnten Geistliche beider Konfessionen, sich vor menschlichen Institutionen zu hüten, die einen bedingungs-

losen Gehorsam verlangen.

An diesem Grabe, sagte Bezirksbürgermeister Kressmann vor dem mit roten und weißen Nelken, den Farben Berlins, geschmückten Sarg, werde die Anklage laut gegen diejenigen, die die Menschen in diese Situation einer gespaltenen Stadt gebracht haben.

Zuvor hatten die Bezirksverordneten des Westberliner Bezirks Kreuzberg in einer Trauerfeier der beiden unbekannt Toten gedacht. Sprecher der CDU und SPD unterstrichen die Empörung, die in der Öffentlichkeit dieses Morden von Menschen gefunden habe, die nichts weiter taten, als den Weg in die Freiheit zu wählen.